

# DeSaFor – Newsletter

Ausgabe November 2021

## *Liebe Mitglieder, liebe Interessenten,*

Im zu Ende gehenden Jahr hat die CORONA-Pandemie unsere Arbeit, wie die vieler Vereine und Organisationen auch, nachhaltig beeinflusst, aber nicht zum Erliegen gebracht. So mussten wir zuletzt sehr zu unserem Bedauern unsere Mitgliederversammlung kurzfristig absagen, da unser Gastredner, *S.E. Botschafter Phumelele Stone Sizani*, aus gesundheitlichen Gründen nicht teilnehmen konnte, so dass wir uns nur auf die doch eher „trockenen“ Berichte hätten beschränken müssen. Wir werden nun die Mitgliederversammlungen für 2021 und 2022 zusammenlegen und im nächsten Frühjahr mit der dann erforderlichen Neuwahl des Vorstands verbinden. Über die Möglichkeit, sich dafür anzumelden oder auch zu kandidieren und die weiteren Details werden wir Sie selbstverständlich rechtzeitig informieren.

Unabhängig davon, welche Beschränkungen oder Möglichkeiten sich für unsere Vereinsaktivitäten in den nächsten Monaten im Zusammenhang mit der Pandemie-Entwicklung ergeben, wollen wir unsere Möglichkeiten nutzen, Abgeordneten des neu gewählten Deutschen Bundestages und ebenso den nach der Regierungsbildung Verantwortlichen in den Ministerien unsere Arbeit vorzustellen. Wir nehmen ebenso wie viele andere im internationalen Bereich tätigen Organisationen wahr, dass sich die politischen Diskussionen derzeit vor allem auf unsere eigenen gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen konzentrieren und die Aufmerksamkeit für die „Welt da draußen“ nachzulassen droht.

Deswegen freuen wir uns besonders über die Ankündigung des neuen deutschen Botschafters in Südafrika, *Andreas Peschke*, dass Deutschland sich für „vertiefte Beziehungen“ mit Südafrika engagieren wird (s. Artikel in diesem Newsletter). Mit *Robert Dölger*, dem Beauftragten des Auswärtigen Amtes für Subsahara-Afrika und die Sahel-Zone, werden wir das auch im größeren Kontext der Rolle Südafrikas in der Region und auf dem Kontinent in unserer nächsten „Let's talk“-Veranstaltung am 1.12.2021 vertiefen.

Weil diese „aus der Not der Corona-Beschränkungen geborene“ Reihe sich zu einem durchaus attraktiven Angebot entwickelt hat, wollen wir sie auch im nächsten Jahr fortsetzen. Wenn Sie Interesse haben oder interessante Gäste vorschlagen möchten, sind Sie herzlich willkommen, dieses Gesprächsformat Serie mit Vorschlägen oder aktiv mitzugestalten.

Selbstverständlich werden wir aber im nächsten Jahr bemüht sein, auch wieder Räume und Gelegenheiten für persönlichen Austausch und Begegnungen zu schaffen, sobald es die Bedingungen erlauben. Einige Ideen auch für neue Formate warten auf ihre Realisierung.

Diesen letzten Newsletter des Jahres 2021 nutzen wir gerne, um Ihnen allen, auch im Namen des gesamten Vorstands, frohe Festtage und alles, alles Gute für 2022 zu wünschen. Bleiben Sie vor allem gesund!

Mit herzlichen Grüßen im Namen des gesamten Vorstands

**Hans-Werner Bussmann**  
Vorsitzender des Vorstands

**Klaus Brückner**  
Geschäftsführer



### **Unsere nächsten Veranstaltungen:**

**1. 12. 2021 – 18h00  
Video-Veranstaltung**

#### *Let's talk ---*

*„Deutschland und Südafrika: Eine Partnerschaft in einem sich schnell verändernden Umfeld“*

mit **Robert Dölger**,  
Beauftragter des Auswärtigen Amtes für Subsahara-Afrika und die Sahel-Zone

im Gespräch mit  
**Klaus Brückner**,  
Geschäftsführer DeSaFor  
**Anmeldung an**  
[mitgliederservice@desafor.de](mailto:mitgliederservice@desafor.de)

**Deutsch-Südafrikanisches-Forum e.V.**  
[www.desafor.de](http://www.desafor.de)

**Kontakt:**  
[info@desafor.de](mailto:info@desafor.de)

**Adresse:**  
DeSaFor  
c/o K. Brückner  
Ringstraße 101b  
12203 Berlin

## Frederik Willem de Klerk (1936 – 2021)



Bild Roger Askew / Shutterstock

Am 11.11.2021 erlag *Frederik Willem de Klerk* der frühere südafrikanische Präsident und Vizepräsident in der ersten frei gewählten Regierung Südafrikas unter *Präsident Nelson Mandela*, einem langen und schweren Krebsleiden.

*De Klerk* wurde 1936 in eine politisch aktive ultrakonservative Familie geboren. Der Vater *Johannes de Klerk* war von 1954 – 1961 Minister in den Kabinetten seines Schwagers, *Präsident J. Strijdom*, und von *Präsident H. Verwoerd*, die beide zu den Architekten der Apartheid zählten. Die Familie gehörte außerdem dem besonders konservativen Flügel der Reformierten Kirche an.

Nach dem Jurastudium und Tätigkeit als Anwalt fand *FW de Klerk* 1972 in die Politik, wurde Abgeordneter der regierenden *National Party* (NP) und bekleidete von 1978 bis 1989 verschiedene Ministerämter, u.a. das des Innenministers. Damit war er mitverantwortlich für die menschenverachtende, brutale Apartheid-Politik, unter der nicht nur die Bevölkerungsmehrheit in Südafrika, sondern auch im damaligen Südwestafrika, dem heutigen Namibia, sowie indirekt auch in den so genannten ‚Frontline-States‘ zu leiden hatten.

1989 übernahm er zunächst den Parteivorsitz der NP von Staatspräsident *Pieter Willem Botha* („das Krokodil“) und wenige Monate später nach dessen Rücktritt auch das Amt des Präsidenten. Die „Zeitenwende“ des Jahres 1989 mit dem Fall

der Mauer, der Auflösung des Ostblocks, mit der Unabhängigkeit Namibias von der Besatzungsmacht Südafrika, vor allem aber auch die Unruhen aufgrund der zunehmenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme Südafrikas übten starken Entscheidungs- und Handlungsdruck auf die Regierung aus. *F.W. de Klerk* wurde schnell klar, dass der Apartheidstaat nicht mehr zu halten war.

Ein Jahr nach Übernahme des Parteivorsitzes der NP im Februar 1989 und weniger als sechs Monate nach seiner Vereidigung als Präsident Südafrikas im September 1989 kündigte *de Klerk* in einer aufsehenerregenden Parlamentsrede am 2. Februar 1990 weitreichende Reformen an und ließ die politische Arbeit des bis dahin verbotenen ANC sowie zahlreicher anderer verbotener Organisationen zu.

In den Folgejahren führten die Regierungspartei und der ANC intensive Gespräche und Verhandlungen, die schließlich zu den ersten freien Wahlen 1994 („one man – one vote“) und zur Bildung einer Regierung der nationalen Einheit unter *Staatspräsident Nelson Mandela* und den *Vizepräsidenten Thabo Mbeki* und *Frederik Willem de Klerk* führte.

1996 schied *de Klerk* aus der Regierung aus, er sah keine Notwendigkeit der Unterstützung mehr. Nach Aufgabe des Vorsitzes der *National Party* im Jahr 1997 zog sich der damals 61jährige vollständig aus der Politik zurück.

Mit der Verkündung des Endes der Apartheid, der Aufhebung des Verbots des ANC und der südafrikanischen Kommunistischen Partei sowie der Freilassung *Nelson Mandelas* und anderer politischer Häftlinge bewies er großen Mut. Denn er musste mit hartnäckigem Widerstand der von der NP und von weiter rechtsstehenden Bewegungen indoktrinierten weißen Bevölkerung ausgehen. Und er konnte auch gewalttätige Aktionen des ANC nicht ausschließen, der erst viel

später dem bewaffneten Widerstand abschwor. Bestärkt haben ihn in seiner Haltung sowohl die Gespräche mit *Nelson Mandela*, zu dem er nach anfänglicher Distanz zunehmend Vertrauen gewann, als auch die Unterstützung diplomatischer Vertreter westlicher Staaten, allen voran Großbritanniens.

*De Klerk* und *Mandela* ist zu verdanken, dass sie den mühseligen und mehr als einmal vom Scheitern bedrohten Verhandlungsprozess zu einem guten Ende führten, obwohl ihr Bemühen um eine Verständigung immer wieder durch Gewalttaten auf beiden Seiten gefährdet wurde. Zwar konnte *de Klerk* seine Vorstellungen von Sonderrechten für die weiße Bevölkerung nicht durchsetzen, wie es etwa das *Lancaster House*-Abkommen 1979 für Simbabwe, das ehemalige Südrhodesien, vorgesehen hatte. Jedoch gelang es ihm mit Unterstützung *Nelson Mandelas*, den ANC von radikalen Forderungen wie der Verstaatlichung der Banken, Versicherungen und Bergwerke abzubringen und so die Basis und auch einen gewissen Schutz für den fortbestehenden Wohlstand vor allem der weißen Bevölkerungsminderheit zu erhalten.

Noch vor den ersten freien Wahlen wurde im Jahr 1993 *Nelson Mandela* und *FW de Klerk* gemeinsam der Friedensnobelpreis zuerkannt. Sicher nicht unverdient, denn auch wenn äußere Zwänge das Ende der Apartheid begünstigt haben, so wäre ohne den persönlichen Mut, die Weitsicht und die Beharrlichkeit *FW de Klerks* gegenüber seinen Kritikern in den eigenen Reihen der friedliche Übergang kaum erfolgreich gewesen.



Foto: AP 1993

# DeSaFor – Newsletter

Ausgabe November 2021

Er hat das Preisgeld in die *Frederik Willem de Klerk-Stiftung* eingebracht, die die mit Konferenzen, Gutachten und publizistisch dazu beitragen will, die Ziele und Werte der südafrikanischen Verfassung zu schützen, die mit ihren Ansprüchen und Werten nach wie vor als eine der fortschrittlichsten Verfassungen weltweit gilt – auch wenn sie in der Praxis derzeit erheblich strapaziert wird.

*De Klerk* hat sich lange – viele sagen: zu lange - schwergetan, seine Haltung zur Apartheid als falsch und als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ anzuerkennen. Auch konnte er sich nicht durchringen, vor der *Truth and Reconciliation*

*Commission* die Gräueltaten des Apartheid-Regimes einzuräumen.

Erst nach seinem Tod veröffentlichte seine Familie eine Video-Botschaft des erkennbar vom nahenden Tod gezeichneten ehemaligen Präsidenten an das südafrikanische Volk, in der er sich für „den Schmerz und die Verletzung, die Demütigung und den Schaden, den die Apartheid den Schwarzen, Braunen und Indern in Südafrika zugefügt hat“ entschuldigte und gestand, dass sich seine Einstellung zur Apartheid, die er lange als Konzept des „*separate development*“ charakterisiert hatte, seit seinem Amtsantritt als Präsident komplett verändert habe.

Die Lebensleistung des nicht unumstrittenen Politikers *Frederik Willem de Klerk*, der persönlich einen ‚weiten Weg‘ gegangen ist, wird dennoch in der Geschichte Südafrikas ganz wesentlich mit seinem Beitrag zur Überwindung der Apartheid als Unrechtssystem durch freie Wahlen und zur Bildung einer Regierung der nationalen Einheit für das Land am Kap verbunden sein.

Trotz seiner erst sehr späten Einsicht gebührt *FW de Klerk* persönlich großer Respekt für seine richtige Entscheidung zur rechten Zeit. Er möge in Frieden ruhen.

**H.W. Bussmann**

**Wollen Sie Südafrikas Präsentation bei der EXPO 2021 in Dubai erleben? Dann machen Sie eine faszinierende virtuelle Tour**  
<https://virtualexpodubai.com/opportunity-district/south-africa>

## Wegmarke oder Wendepunkt für die Demokratie in Südafrika – die Kommunalwahlen in Südafrika am 01.11.2021

Noch lässt sich nicht absehen, ob der Ausgang der Kommunalwahlen in Südafrika sich als Wegmarke auf dem Weg zu einer von den besonderen Charakteristika des Landes geprägten demokratischen Regierungsform erweisen wird oder ob sie

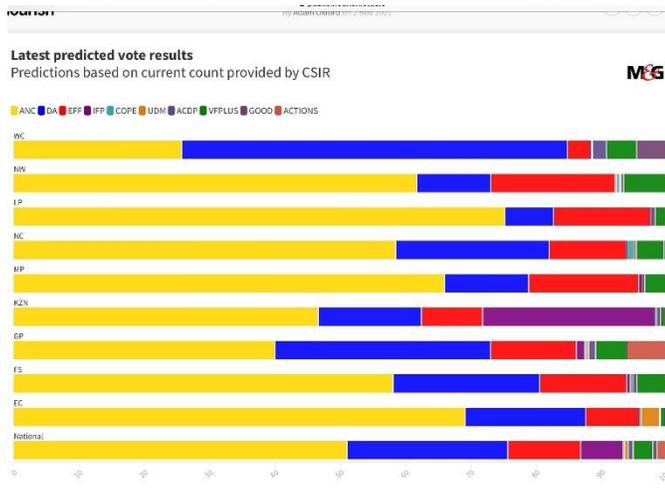
sich als eine Wendemarke zu einer konstruktiven Vielfalt im Parteienspektrum und zum Ende der dominierenden Rolle des ANC herausstellt.

Erst die 2024 anstehenden Wahlen auf nationaler Ebene und in den Provinzen werden insoweit weitere Rückschlüsse ermöglichen. Schon jetzt lässt sich jedoch vorhersagen, dass die massiven Verluste im ANC zu heftigen internen Auseinandersetzungen führen werden. Das sind keine guten Voraussetzungen, um der äußerst schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Lage im gesamten Land wirksam entgegenzuwirken. Denn es kommt bei der Grundversorgung der Bevölkerung und der Bereitstellung funktionierender Infrastruktur von Straßen über Schulen / Kindergär-

ten und medizinischer Versorgung bis hin zu Elektrizität, Wasser und Müllentsorgung, entscheidend auf gut funktionierende Gemeindeverwaltungen ohne Korruption und „Postengeschacher“ an.

### Wahlergebnisse - die Fakten

1. Von 26 Mio. registrierten Wählern gingen schließlich nur 46 % zur Wahl (mit besonders niedriger Wahlbeteiligung in den Townships); dabei hatten sich ohnehin nur 65 % der potentiellen Wähler registrieren lassen (2016: 75 %);
2. in 142 Gemeinden gibt es klare Mehrheiten, in 60 kommunalen Parlamenten hat keine Partei die absolute Mehrheit erreicht;
3. der ANC verlor landesweit mit 46 % erstmals die absolute Mehrheit (2016: 53,9 %, 2019: Parlamentswahlen: 57,7 %); er kontrolliert nur noch 161 Gemeinderäte und bei den Großstädten nur noch Buffalo City/East London mit 59,5 % und Mangaung/Bloemfontein mit



knappen 50,5 %; besonders auffällig: in Ekurhuleni/Midrand erzielte er nur noch 38,25 %, in eThekweni/Durban nur noch 42 %; in Nelson Mandela Bay/Port Elizabeth landete er mit 39,43 %, knapp hinter der DA mit 39,92 %;

4. auch die *Democratic Alliance* (DA) kam landesweit nur noch auf 21,66 % (nach 27 % in 2016 und 20,8 % in 2019) und kontrolliert nur noch 13 (2016: 21) Gemeinderäte; sie musste vor allem in den Metropolen schwere Verluste hinnehmen.



*Herman Mashaba*, früherer Bürgermeister von Johannesburg, der mit der neugegründeten Partei *ActionSA* vor allem in Gauteng antrat, erzielte dagegen mit 10,75 % in Tshwane/Pretoria und 16 % in Johannesburg beachtliche Ergebnisse;

5. die *Economic Freedom Fighters* (EFF) haben ihr Wahlziel (14 %) deutlich verfehlt und ihren Anteil lediglich auf landesweit 10,42 % erhöhen können, vor allem wegen des hohen Anteils von Nichtwählern bei der Jugend;
6. an den Wahlen beteiligten sich insgesamt 325 Parteien mit 95.000 Kandidaten; neben *Action SA* konnten vor allem die konservative *FFP+* (zu Lasten der DA) und die *IFP* in KwaZulu-Natal (zu Lasten des ANC) Stimmengewinne und Ratssitze hinzugewinnen;
7. der ANC liegt in den wirtschaftlich wichtigen Provinzen Gauteng und Kwa Zulu Natal mit 38 bzw. 41,5 % deutlich unter 50 % und im Freistaat und im Nordkap mit jeweils 50,5 % nur noch knapp darüber.

## Eine Bewertung

Der Rückgang von 62 % Anteil bei den Kommunalwahlen in 2011 über 54 % in 2016 (was das Ende der Ära *Präsident J. Zuma* und die Übernahme durch *C. Ramaphosa* einläutete) zu den 46 % in 2021 ist für den seit 1994 dominierenden ANC schmerzlich genug. Die Wahlbeteiligung von nur 46

% der registrierten Wähler belegt, dass viele seiner Wähler ihm die Unterstützung verweigern, ohne die Gegner stärken zu wollen. Das ist eine ernste Warnung an die Führung des ANC, das Ruder endgültig herumzureißen oder auf allen Ebenen im Land den Machtverlust hinnehmen zu müssen: Vor 10 Jahren kontrollierte der ANC noch sieben der acht Metropolen, jetzt nur noch zwei.

Dieses Negativ-Ergebnis dürfte kaum dazu beitragen, die Stellung von *Präsident C. Ramaphosa* zu stärken. Es steht zu befürchten, dass das *Zuma*-Lager und die *EFF Ramaphosa* und seinen verstärkten Kampf gegen Korruption in der eigenen Partei als Hauptverantwortlichen für die Verluste ausmachen werden. Dabei übersehen sie, dass die Unruhen in KwaZulu Natal und in Gauteng mit zahllosen Plünderungen die wichtigsten Gründe für die dortigen Niederlagen des ANC sind.

Die Verluste für die Hauptoppositions-Partei DA (22 % statt 27 % in 2019) fielen geringer aus als erwartet, bedeuten jedoch das Ende ihres kontinuierlichen Aufstiegs in den letzten Jahren. Das dürfte vor allem auf parteiinterne Machtkämpfe und den erheblichen Ansehensverlust bei nichtweißen Wählern gerade auch im Westkap zurückzuführen sein. Sie verlor dort nicht nur eine größere Gemeinde (*Cederberg*), sondern auch in vielen Orten zahlreiche Mandate an die Kandidaten



*Daily Maverick – 13.11.2021: Coalition talks: With five hung metros, ANC needs EFF and DA needs ActionSA*

kleinerer Parteien und die Unabhängigen (u.a. *Freedom Front Plus*, *Patriotic Alliance* (eine echte Alternative für farbige Wähler, die am Kap um die 50 % der Wahlberechtigten ausmachen) und die *GOOD Party*).

Beachtlich ist, dass *Herman Mashaba*, dessen neue Partei nur in vier Metropolen und zwei Gemeinden antrat, in Johannesburg auf Anhieb mit 16 % der Stimmen und nach ANC und DA den 3. Platz erlangte. Mit seinem wenn auch regional begrenzten Erfolg hat er durchaus eine Chance, sich in einer vielfältigen Parteienlandschaft einen sicheren Platz und damit die Rolle eines ernst zu nehmenden Koalitionspartners zu sichern.

Ob die Erfolge dieser Kleinstparteien und Unabhängigen und die hohe Zahl von Gemeinden ohne eindeutige Mehrheit nun zu Koalitionsverhandlungen führen, die außer im Westkap in den meisten Provinzen noch unbekannt sind, bleibt offen. Aber damit ist in keiner Weise gewährleistet, dass sich die Verhandlungen an den wirklichen Herausforderungen der betroffenen Gemeinden orientieren und es nicht um einen „Kampf um die Fleischtöpfe“ kommt. 2016 waren es 27 Metros und Gemeinden, 2021 sind es 60 ohne klare Mehrheitsverhältnisse. Hinzu kommt, dass das Gemeindewahlrecht vorsieht, dass der Bürgermeister 28 Tage nach der Wahl bestimmt werden muss, also Koalitionsverhandlungen zwischen den ihn tragenden Parteien bis dahin abgeschlossen sein müssen. Dieser

Zeitdruck könnte ähnlich wie in 2016 zu ad-hoc vereinbarten Zusammenschlüssen führen, die auf Dauer wenig tragfähig wären. (s. hierzu *Kasten „Aktuell“*)

So haben die DA und Action SA erklärt, dass sie nicht bereit sind, mit ANC und EFF zu koalieren, da die Ziele der Parteien zu weit auseinanderlägen. Die EFF wiederum sind nur dann zu Koalitionen bereit, wenn sie dafür erhebliche Zugeständnisse erlangen können, die aber durchaus als „sachfremd“ gelten dürften, wie etwa die Verstaatlichung der Zentralbank sowie Landenteignungen ähnlich den Forderungen der ANC-internen ultralinken Gruppierung „*Radical Economic Transition*“.

Diese Grundhaltung der größeren Parteien ist widersprüchlich, denn eigentlich fordern sie alle übereinstimmend Verbesserungen öffentlichen Daseinsvorsorge („*Service Delivery*“). Das aber setzt Zusammenarbeit über die Parteiinteressen auf stabiler politischer Basis voraus. Die ANC Jugend und die EFF sehen diese allerdings in einer erneuten Führungsrolle des Zuma-Lagers, ohne jegliche Einsicht, dass dies erst recht nicht zu einer Verbesserung der Lage für die Armen führen würde.

Sollte es in einzelnen Gemeinden bis zum 28.11.2021 nicht zur Wahl eines Bürgermeisters kommen und keine Ausnahmeregelungen ergriffen werden, könnte die *Independent Electoral Commission* in den betreffenden Gemeinden und Metropolen Neuwahlen anordnen, was jedoch am jeweiligen Ergebnis der November-Wahlen kaum etwas ändern dürfte.

Auch wenn Koalitionen gewissermaßen Neuland und letztlich auch nur das Ergebnis von Aushandlungsprozessen sind, sind

sie in einer immer vielfältigeren Parteienlandschaft das „demokratische Mittel der Wahl“. Und wenn sie transparent und nachprüfbar den Wählern die Überprüfung der Einhaltung der Absprachen ermöglichen, wird diese Ausprägung der demokratischen Willensbildung auch in

promovierter Chemiker), der die Interessen der (vor allem armen) Bürger im Auge hatte, gleich mehrfach darauf hingewiesen, dass ein Volk, dass diese Verpflichtung zur „*Service Delivery*“ vernachlässige und keine Visionen entwickle, zum Scheitern verurteilt sei („*doomed to vanish*“).

**Aktuell – Aktuell – Aktuell**  
**Das Manuskript zu diesem Artikel wurde am 15.11.2021 abgeschlossen. Inzwischen wurden Bürgermeisterwahlen in den Metropolen durchgeführt, deren Auswirkungen der Daily Maverick als „seismisch“ mit Blick auf die politische Landschaft in Südafrika beschrieb. Grundlagen waren ad-hoc Absprachen und keineswegs auf längerfristige Stabilität verhandelte Koalitionen. So wurde der Bürgermeister in Tshwane/Pretoria von DA und ActionSA gewählt, obwohl ANC und EFF zusammen über deutlich mehr Stimmen verfügten. Im Ostrand/Ekurheleni wurde der Bürgermeister von der DA, den EFF und Action SA gewählt. Die Bürgermeisterin von Johannesburg verdankt ihre Position DA und ActionSA, weil sich der ANC enthielt. ActionSA begründete seine neue Position damit, dass es letztlich um die Verbesserung der Daseinsvorsorge, um Korruptionsbekämpfung und Arbeitsplätze gehe, Ziele, denen ursprüngliche parteipolitische Interessen untergeordnet werden müssten.**

**Die eigentliche Strategie richtet sich landesweit aber wohl darauf, den ANC an der Besetzung von Führungspositionen zu hindern. Mit den taktischen ad-hoc Wahlbündnissen haben sich die kleineren Parteien weit weg von ihren Parteiprogrammen und Wahlkampfzielen bewegt und riskieren damit ihre Glaubwürdigkeit. Die Hoffnung, dass die veränderten Mehrheitsverhältnisse zu demokratischen Aushandlungsprozessen und Kompromissen im Interesse der Menschen als Grundlage für stabile Mehrheiten in Koalitionen führen, hat sich nicht erfüllt. Stattdessen werden taktische Manöver mit kurzzeitigen Erfolgen das Land immer stärker in eine Vertrauenskrise zwischen der Gesellschaft und den politisch Verantwortlichen führen, und es muss wohl befürchtet werden, dass die durchaus lobenswerten Ziele, Bündnisse für eine rasche Verbesserung der Lebensverhältnisse zu schmieden, am Ende doch den parteipolitischen Interessen an Macht und Einfluss geopfert werden. Ob „My ANC“ in der Lage sein wird, zu seiner Rolle als „People’s Party“ zurückzufinden, darf dabei auch mit Blick auf die Wahlen auf nationaler und Provinzebene in zwei Jahren ernsthaft bezweifelt werden.**

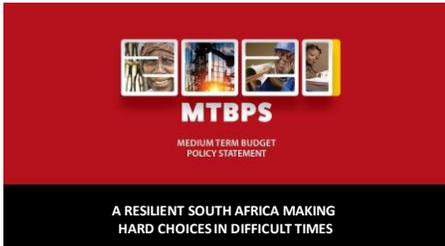
**uell – Aktuell – Aktuell**

Südafrika bei den Wählern Anerkennung finden. Dieser Ansatz wird umso wichtiger, als Koalitionen aufgrund des Wahlrechts in Südafrika und des Verlustes bzw. der Schwächung des ANC als „*the people’s party*“ sich als alleinige Option für stabile Verhältnisse erweisen werden.

Der frühere Finanzminister *Trevor Manuel* hatte bei der Beerdigung des früheren Bürgermeisters von Drakenstein/Westkap, *Sidine Kabenyane*, (ein

In diese Richtung zielte *Präsident C. Ramaphosa* in einer Ansprache nach den Wahlen: „*If we are to make this a new and better era, we as leaders must put aside our differences and work together in the spirit of partnership of cooperation, of collaboration, and common purpose in the interests of the people of South Africa*“. Möge er sich mit dieser Haltung durchsetzen.

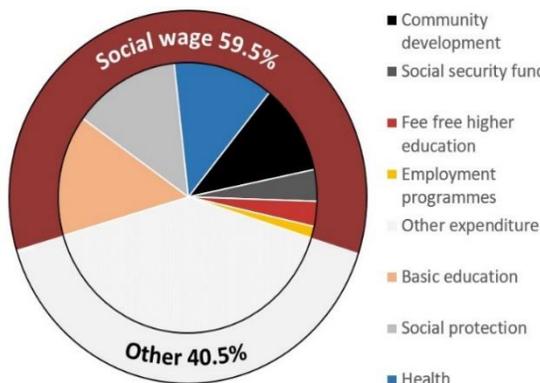
**H.W. Bussmann / Klaus Brückner**



## Medium Term Budget Review Godongwana's Budget-Debut: Kurz und bündig

„Dieser politische Zwischenbericht zum Haushalt ist ein Aufruf zum Handeln, eine Aufforderung an uns selbst, einmal mehr das Versprechen für ein Land zu erneuern, für das so viele gekämpft und so viel geopfert haben.“ Mit diesem Appell schloss Finanzministers Enoch Godongwana die Vorstellung des Medium Budget Review 2021.

Die erste Budgetrede des erst seit 3. August 2021 – und damit noch keine 100 Tage - im Amt befindlichen Nachfolgers des hochgeschätzten Tito Mboweni war



mit einiger Spannung erwartet worden. So war bislang nicht klar, welche Schwerpunkte der neue starke Mann in der National Treasury setzen und ob es fiskalpolitische Veränderungen mit Blick auf die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen geben werde.

Godongwana lässt keinen Zweifel, dass er den Kurs der Haushaltskonsolidierung fortsetzen und zugleich mit Strukturreformen und Investitionen in Infrastruktur das Land wieder auf einen stabil hohen und nachhaltigen Wachstumspfad führen wolle. Nur so seien die sozio-ökonomischen Herausforderungen wie Arbeitslosigkeit und Armut dauerhaft zu lösen. Diese weitgehend mit der Politik seines Vorgängers übereinstimmende Position hat ein geteiltes Echo gefunden. Während die Wirtschaft und die Finanzmärkte verhalten positiv reagierten, äußerten sich Gewerkschaften und Vertreter der Zivilgesellschaft kritisch. Sie sind besorgt, dass die aus mehreren Elementen bestehenden Sozialleistungen für die derzeit

rd. 27,8 Millionen Sozialhilfeempfänger (rd. 46 % der Bevölkerung) am Ende eher reduziert statt verbessert würden. Ebenso bleibt ungeklärt, ob die zusätzlichen Leistungen zur Abfederung von Notlagen im Zusammenhang mit der Coronapandemie für ca. 1/3 dieser Menschen (9,5 Mio) über März 2022 hinaus gezahlt werden.

Insbesondere erhielt auch die zuletzt verstärkte Diskussion über ein „bedingungsloses Grundeinkommen“ neue Nahrung. Godongwana beschränkte sich dazu darauf, für den kommenden Haushalt Maßnahmen in Bezug auf das – nach seinen Worten ‚umfassendste und expansivste‘ – System der sozialen Sicherheit anzukündigen. Es ist sicher nicht ganz abwegig zu vermuten, dass diese zurückhaltende Positionierung auch ein Grund für die Verschiebung der ursprünglich für die Woche vor den Kommunalwahlen terminierte Parlamentsrede des Finanzministers zum Haushalt gewesen sein dürfte.



Anders als sein Vorgänger verzichtete der Finanzminister auf Ausflüge in die Welt der Poesie und beschränkte sich in seinem knappen und klar strukturierten Bericht auf wesentliche Aussagen und Feststellungen:

- Unveränderte Weiterverfolgung der Strategie der Stabilisierung der Staatsverschuldung;
- Beschleunigung wachstumsfördernder Strukturreformen;

## DOMESTIC ECONOMIC OUTLOOK

Calendar year	2020 Actual	2021 Estimate	2022 Forecast	2023 Forecast	2024 Forecast
<i>Percentage change unless otherwise indicated</i>					
Household consumption	-6.5	5.7	2.0	1.9	1.9
Gross fixed-capital formation	-14.9	1.2	3.1	3.4	3.5
Real GDP growth	-6.4	5.1	1.8	1.6	1.7
GDP at current prices (R billion)	5 521	6 112	6 304	6 607	7 018
CPI inflation	3.3	4.5	4.2	4.3	4.5
Current account balance (% of GDP)	2.0	3.8	0.4	-1.5	-1.7

Source: Reserve Bank and National Treasury

- Fokussierung des kommenden Haushaltes auf die Bewältigung der sozio-ökonomischen Herausforderungen, insbesondere der Verringerung von Arbeitslosigkeit und Armut – im Rahmen verfügbarer Ressourcen und politischer Kompromisse und Neupriorisierung;
- Verbesserung der Infrastruktur, insbesondere die Instandsetzung von ESKOM und die Bereitstellung zusätzlicher Stromkapazitäten im Netz.

## Die Lage im südafrikanischen Frühjahr

Godongwana schlug zu Beginn seines politischen Haushaltsberichtes den Bogen von der generellen Feststellung tiefer Einschnitte und Rückschläge für die Volkswirtschaft und die Staatsfinanzen Südafrikas durch die Corona-Pandemie zu den gewaltsamen Auseinandersetzungen in zahlreichen südafrikanischen Städten und die nachhaltig negativen Wirkungen von Gewalt und Zerstörung von Eigentum auf die Menschen Südafrikas, aber auch auf

das Vertrauen in die Stabilität des Landes. So habe sich die Fragilität des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Gefüges des Landes ebenso offenbart wie den fahrlässigen Missbrauch der Notlage von Menschen in Armut und Hoffnungslosigkeit für politische Zwecke.

Es gebe jedoch Grund zur Zuversicht. Die Kommunalwahlen hätten verdeutlicht, dass Regierungen Autorität nur dann zu Recht beanspruchen könnten, wenn sie auf dem Willen des Volkes beruht. Es erweise sich aber auch, dass die Menschen in Südafrika mit ihrer Widerstandsfähigkeit und Dynamik in der Lage seien, extreme Schwierigkeiten zu überwinden.

## Wachstum fördern

Das verdeutliche auch die derzeitige wirtschaftliche Situation Südafrikas. So sei nach einer Schrumpfung von ca. 6,4 % im Vorjahr für 2021 mit einem Wachstum von rd. 5,1 % zu rechnen; die strukturellen Schwächen des Landes ließen aber derzeit für die nächsten drei Jahre nur Prognosen von rd. 1,7 % Wachstum zu. Höhere Raten seien nur mit Reformen zur Förderung langfristigen Wachstums, die auf Verbesserungen der Wettbewerbsfähigkeit, der Produktivität, von Investitionen und Beschäftigung zielen.

Die Regierung konzentrierte sich in ihrer Reformagenda auf rasche Verbesserungen der Rahmenbedingungen für die private Wirtschaft und ihre Wachstumspotenziale. Vorrang habe der Energiesektor, bei dem es mit Öffnung des Anbietermarktes, Dezentralisierung der Versorgung und Diversifizierung der Primärenergiequellen – insbes. mit Blick auf „Renewable Energy Independent Power Producer“ – darum gehe, die Abhängigkeit vom weitgehend unverändert leistungsschwachen Staatsbetrieb ESKOM zu reduzieren.

Zudem gehören die Förderung des Wettbewerbs zwischen den Häfen Südafrikas

durch Umwandlung der Nationalen Hafenbehörde in ein Tochterunternehmen von *Transnet*, die Zulassung privater Unternehmen zur Nutzung des Güterbahnnetzes (*Transnet Freight Rail*) oder die beschleunigte Überwindung von Hindernissen bei der Frequenzfreigabe als Voraussetzung für die „digitale Migration“ bis zum Frühjahr 2022 ebenso zum Reformpaket wie die Vergabe von Einweg-Wasserlizenzen zur Verbesserung des Ressourcenmanagements im Wassersektor oder die Ausdehnung des elektronischen Visaverfahrens auf weitere 15 Länder, um den Tourismus für das attraktive Reise-land Südafrika zu fördern.

Der Finanzminister fordert insgesamt mehr Politikkohärenz der gesamten Regierung, um Wachstum zu fördern und Hindernisse für die Wirtschaft abzubauen.

Dazu gehört auch die konsequente Umsetzung des ehrgeizigen Infrastrukturprogramms, das insgesamt und mit Genehmigungen für 62 vorrangige Projekte im vergangenen Jahr auf gutem Weg sei. Für die derzeitige Planungsliste weiterer 55 Projekte mit einem Volumen von knapp 600 Milliarden Rand seien bislang aber nur rund 75 % finanziert. Dies mache deutlich, wie sehr die Regierung auf Partnerschaften mit dem Privatsektor angewiesen sei, um die Ziele zu erreichen.

## Staatsfinanzen – Stand der Dinge

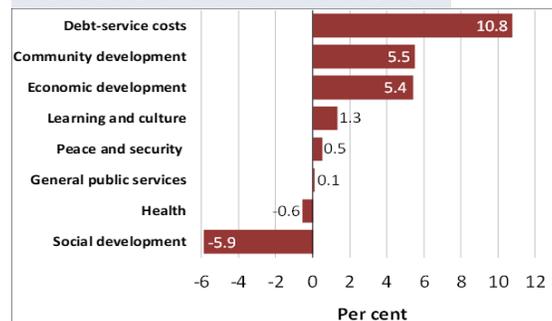
Es ist für einen Finanzminister sicher kein guter Start, wenn er mitten in einer Pandemie sein Amt übernimmt, die einen ohnehin bereits seit langem bestehenden Notstand der Staatsfinanzen noch einmal zusätzlich verschärft.

*Godongwana* versucht auch hier Zuversicht zu vermitteln, ohne dass man ihn für „Schönreden“ kritisieren könnte. So verbindet er die „guten Nachrichten“

überraschend höherer Steuereinnahmen aufgrund gestiegener Einnahmen aus Rohstoffexporten mit dem warnenden Hinweis, dass solch kurzfristige Effekte dem Finanzminister zwar Spielräume verschaffen – hier für die Finanzierung zusätzlicher Armuts- und Beschäftigungsprogramme –, aber an der strukturellen Überschuldung Südafrikas nichts ändern, die einen weiterhin strengen Konsolidierungskurs fordere.

Deshalb auch seine an dieser wie auch an mehreren anderen Stellen seiner Rede die klare Warnung: „Wir sollten keine dauerhaften Ausgabenverpflichtungen aufgrund kurzfristiger Einnahmenvorteile eingehen“. Unverändert übersteigen die Ausgaben die Einnahmen, ohne dass die zusätzliche Verschuldung z.B. Wachstumseffekte der Wirtschaft zur Folge haben.

## FASTEST GROWING FUNCTIONS



Der Schuldendienst i.H.v. derzeit rd. 270 Milliarden Rand wird bis 2024 auf rd. 365 Mrd. Rand steigen und die Spielräume des Haushaltes für staatliche Leistungen und Investitionen noch einmal drastisch einengen.

Zugleich muss der Finanzminister einen Gehaltsabschluss mit den öffentlichen Bediensteten finanzieren, der über die ursprünglich beabsichtigte „Nullrunde“ hinausgeht, sowie weitere ungeplante Mittel für Unternehmen bereitstellen, die während der Unruhen vor einigen Monaten geschädigt wurden. Eine weitere Folge

## FISCAL FRAMEWORK

R billion/percentage of GDP	2020/21 Outcome	2021/22 Revised	2022/23	2023/24	2024/25
			Medium-term estimates		
<b>Revenue</b>	<b>1 414.1</b>	<b>1 648.8</b>	<b>1 695.7</b>	<b>1 772.7</b>	<b>1 890.9</b>
	25.4%	26.7%	26.7%	26.5%	26.6%
<b>Expenditure</b>	<b>1 971.8</b>	<b>2 128.5</b>	<b>2 075.0</b>	<b>2 126.3</b>	<b>2 239.8</b>
	35.4%	34.5%	32.7%	31.7%	31.5%
<b>Budget balance</b>	<b>-557.7</b>	<b>-479.7</b>	<b>-379.3</b>	<b>-353.6</b>	<b>-348.9</b>
	-10.0%	-7.8%	-6.0%	-5.3%	-4.9%
<b>Total gross loan debt</b>	<b>3 935.7</b>	<b>4 313.9</b>	<b>4 744.7</b>	<b>5 144.4</b>	<b>5 537.6</b>
	70.7%	69.9%	74.7%	76.8%	77.8%

der Unruhen ist die Notwendigkeit, die Etats der Sicherheitskräfte – Armee und Polizei – zu erhöhen, um den Kampf gegen Kriminalität und für zusätzlichen Schutz der Bevölkerung zu finanzieren.

### Staatsbetriebe ... und (k)ein Ende in Sicht

290 Milliarden Rand – so viel Geld wurde dem Staatshaushalt seit 2013 für den Ausgleich von Defiziten bei den Staatsbetrieben seit 2013 entzogen. Geld, das nicht für Leistungen des Staates an seine Bürger\*innen zu Verfügung stand, sondern Verluste ausgleichen musste, die durch schlechtes Management, Vernachlässigung der technischen Infrastruktur und – nicht zuletzt – durch Korruption und Vetternwirtschaft entstanden.

Erstmals stellt die *National Treasury* im *Medium Term Review* des Budgets keine zusätzlichen Mittel für den Ausgleich von Verlusten zur Verfügung, und der Finanzminister kündigt die Bereitschaft an, einige Staatsunternehmen zu konsolidieren, aber auch diejenigen zu schließen, die nicht länger strategisch relevant sind.

Aber *Präsident Ramaphosa* machte in einer parlamentarischen Fragestunde auch deutlich, dass der Energiemonopolist Eskom „einfach zu groß ist, um zu scheitern“. Mehr als 400 Milliarden Rand Schulden des Stromerzeugers und -lieferanten seien ein „kollektives Problem“, das es mit Unterstützung aller zu lösen gelte. Dazu gehöre die Zulassung unabhängiger Erzeuger ebenso wie die Anhebung der Genehmigungsschwelle für Strom, der an das Netz „zurückverkauft“ werden

können, auf 100 Megawatt. In der ihm eigenen drastischen Art konkretisierte der Präsident seine Sorge um ein Unternehmen, das für „alle Lichter verantwortlich sei, die man auf einem Flug von Johannesburg oder Kapstadt“ aus dem Flugzeug sehe. Er betonte, dass bei der Umstrukturierung des Stromsektors kein Arbeiter zurückgelassen werde – eine Forderung, die die Gewerkschaft ebenso wie viele Nichtregierungsorganisationen mit Nachdruck erheben.

### Was dem Finanzminister noch wichtig ist

*Godongwana* scheint ein Liebhaber kurzer Botschaften und weniger vollmundigen Ankündigungen zu sein. In seinem Ausblick auf die Vorbereitung des Haushaltes für das Fiskaljahr 2022/23, den er im Februar des nächsten Jahres vorlegen muss, beschränkt er sich auf die Ankündigung eines Diskussionspapiers für eine umfassende Rentenreform sowie einer Strukturreform der in viele Bestandteile zerfallenden Sozialleistungen.

In einem Interview nach seiner Budgetrede hat er ergänzend verdeutlicht, dass die Diskussion um ein bedingungsloses Grundeinkommen nur im Zusammenhang mit dieser Reform und entsprechenden Umschichtungen geführt werden könne.

Auch mit Blick auf eine mögliche Fortsetzung oder modifizierte Neuauflage der Hilfe für Unternehmen, die aufgrund der Corona-Pandemie in Not geraten sind, kündigte der Finanzminister weitere Überlegungen an. Er zeigte sich zudem einerseits zuversichtlich, dass am Rande

der COP 26 in Glasgow eine Vereinbarung mit einigen Ländern und der EU zur Unterstützung Südafrikas beim Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft getroffen wurde, verwies aber auf noch zahlreiche zu klärende Einzelfragen (s. hierzu auch Pressemitteilung und Kommentierung in diesem Newsletter).

### Last but not least:

#### Kampfansage gegen die Korruption

*„Damit unsere Wachstums- und Aufschwungagenda Erfolg hat, brauchen wir einen leistungsfähigen, gut regierten Staat und eine Gesellschaft, die frei von Kriminalität und Korruption ist.“*

Mit diesem Statement kündigte Finanzminister *Enoch Godongwa* die alsbaldige Vorlage eines reformierten Gesetzes über das Öffentliche Auftragswesen an und äußerte zugleich die Erwartung, dass nach der bald erwarteten Übergabe des Berichts der *ZONDO-Kommission* an den Präsidenten die Strafverfolgungsbehörden rasch ihre Arbeit aufnehmen und die Verantwortlichen für das „Projekt State Capture“ strafrechtlich zur Verantwortung ziehen.

*„Wir arbeiten unsererseits mit allen zuständigen Behörden und den Regulierungsbehörden des Finanzsektors zusammen, um Mängel in unserem System zu beheben und unsere Fähigkeit zu verbessern, wirksamer und schneller gegen alle Finanzverbrechen vorzugehen.“*

Es bleibt die Hoffnung, dass dies ebenfalls eine realistische Erwartung des neuen südafrikanischen Finanzministers ist.

### Klaus Brückner

Sämtliche in diesem Artikel verwendeten Tabellen stammen aus der MTBS Presentation 2021 der National Treasury SA - [hier](#)

## Multilaterale Energiepartnerschaft mit Südafrika

Die Regierungen Südafrikas, Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens, der USA haben am Rande der Umweltkonferenz COP 26 in Glasgow am 2.11.2021 gemeinsam mit der Europäischen Union eine neue, ehrgeizige und langfristige Partnerschaft für eine gerechte Energiewende auf den Weg gebracht, die Südafrikas Anstrengungen für den Klimaschutz unterstützt. Die Partnerschaft zielt darauf ab, die Dekarbonisierung der südafrikanischen Wirtschaft, insbesondere der Stromerzeugung, zu beschleunigen und damit dem Land zu helfen, die anspruchsvollen Zielsetzungen seines revidierten national festgelegten Klimaschutzbeitrags im Bereich der Emissionsminderung zu erreichen. Sie wird zunächst eine Zusage in Höhe von 8,5 Milliarden US-Dollar (deutscher Anteil 700 Millionen US-Dollar) für die erste Finanzierungsphase mobilisieren, unter anderem in Form von Zuschüssen, Darlehen zu Vorzugsbedingungen und Investitionen sowie Risikoteilungsvereinbarungen, auch zur Mobilisierung des Privatsektors.



Die Partnerschaft wird über die nächsten 20 Jahre voraussichtlich die Freisetzung von bis zu 1-1,5 Gigatonnen Emissionen verhindern und Südafrika dabei unterstützen, den Übergang zu einer emissionsarmen, klimaresilienten Wirtschaft zu beschleunigen.

**Präsident Cyril Ramaphosa** begrüßte „die mit der politischen Erklärung eingegangene Verpflichtung zur Unterstützung unseres revidierten national festgelegten Klimaschutzbeitrags (NDC), in dem sich die anspruchsvollen Bemühungen

unseres Landes um die Unterstützung des weltweiten Kampfes gegen den Klimawandel widerspiegeln.“ Er freue sich auf die langfristige Partnerschaft, die als ein geeignetes Modell der Unterstützung von Klimaschutzmaßnahmen in Entwicklungsländern durch entwickelte Länder diene. Wie auch die *Präsidenten Biden und Macron* sowie *Premierminister Johnson* und EU-Kommissionspräsidentin *von der Leyen* zeigte sich **Bundeskanzlerin Angela Merkel** zufrieden, „dass Deutschland Teil dieser wichtigen Partnerschaft mit Südafrika ist und dass wir unsere Erfahrungen mit einer gerechten Energiewende weitergeben können. Wir fühlen uns der Unterstützung sowohl der Dekarbonisierung der südafrikanischen Stromerzeugung als auch der Schaffung neuer wirtschaftlicher Chancen für die betroffenen Gemeinschaften verpflichtet.“

Die Umsetzung dieser Ziele wird Auswirkungen auf die in der Kohleförderung aktiven Gemeinden und Arbeitskräfte haben. Die Partnerschaft erkennt an, dass die betroffenen Arbeitskräfte und Kommunen, insbesondere Bergarbeiter, Frauen und junge Menschen, beim Umbau der südafrikanischen Wirtschaft Hilfe erhalten. Mit der Finanzierung innovativer technischer Entwicklungen und Investitionen, auch im Bereich Elektrofahrzeuge und grüne Wasserstoffwirtschaft, sollen qualitativ hochwertige „grüne“ Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Vereinbarung gilt als Beispiel für Maßnahmen im Rahmen einer globalen Kooperation zwischen einem Schwellenland und internationalen Partnern zur Begrenzung der globalen Erwärmung auf 1,5 Grad gegeben. Andere Länder, die Finanzmittel beisteuern wollen, um Südafrikas Übergang zu sauberen Energien weiteren Schub zu verleihen, können sich an der Partnerschaft beteiligen. Die politische Erklärung steht am Anfang eines Prozesses. Die operativen Einzelheiten der Partnerschaft werden in den kommenden Monaten noch ausgearbeitet.

(Quelle: BPA Pressemitteilung 383 -[hier](#))

## Euphorie klingt anders...

### Präsident Ramaphosa zum Stand der COP 26-Partnerschaft

In einer mündlichen Befragung am 25. November 2021 betonte *Ramaphosa* im Parlament einmal mehr, „dass es noch nicht sicher sei, dass wir das Angebot als solches annehmen oder ungünstige Bedingungen akzeptieren müssen, vor allem, wenn es sich negativ auf unseren eigenen Fiskus auswirkt“, und er fügte hinzu: „Wir werden diesen Geldgebern nicht alles aushändigen....“

Wenige Tage zuvor hatte er angekündigt, dass er selbst den Vorsitz des interministeriellen Ausschusses übernehmen wird, um die weitere Arbeit „am gerechten Übergangsplan des Landes und an den finanziellen bei der COP 26 unterbreiteten Angeboten für Südafrika“ zu koordinieren.

Die politische Vereinbarung sieht die Einrichtung eines technischen Teams vor, das sich aus Südafrika und den ausländischen Partnern zusammensetzt. Dabei bleibt noch unklar, wie die südafrikanische Regierung mit den Mitteln strategisch umgehen wird. Während *Ramaphosa* durchaus zu erwägen scheint, dass "ein großer Teil der Mittel, die zur Verfügung gestellt werden, zur Unterstützung des gerechten Übergangs von Eskom verwendet werden wird" hatte der Minister für öffentliche Unternehmen, *Pravin Gordhan* wenige Tage zuvor mehrmals betont, dass die COP26-Finanzierung in diesem Stadium nur ein Angebot sei - und damit nicht die Schulden von Eskom bezahlt werden sollen.

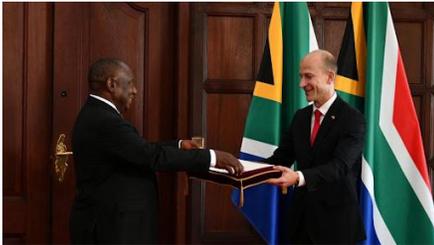
*"Dies ist ein Angebot der Industrieländer. Das ist kein Geschäft. Wir werden prüfen, ob diese Angebote mit den finanziellen Anforderungen Südafrikas vereinbar sind"*, sagte Gordhan.

Wie so oft, steckt der Teufel hinter den schönen Worten im Detail. Und das muss die Regierung Ramaphosa nun ausarbeiten - und umsetzen.

(Quelle: Daily Maverick, 25.11.2021)

## Botschafter A. Peschke: „Wir wollen vertiefte Beziehungen“

Deutsche Fassung eines Gastbeitrags von Andreas Peschke, Deutscher Botschafter in Südafrika für News24 vom 20.10.2021



Vor einigen Tagen durfte ich mein Beglaubigungsschreiben als deutscher Botschafter in Südafrika überreichen. In gewisser Weise ging damit für mich ein Traum in Erfüllung. Seit ich vor 30 Jahren an der Universität Afrikanistik studierte, hat Südafrika einen besonderen Platz in meinem Herzen.

Bei meiner Ankunft in Südafrika habe ich eine solide Grundlage für unsere Beziehungen vorgefunden. 600 deutsche Unternehmen sind hier tätig. Sie helfen, über 100.000 Arbeitsplätzen zu schaffen. Unser bilaterales Handelsvolumen von fast 20 Milliarden Euro pro Jahr ist so hoch wie nirgendwo sonst in Afrika. Das sind beeindruckende Zahlen.

Im Kampf gegen Covid-19 standen unsere Länder solidarisch Seite an Seite. Der Besuch von Präsident Ramaphosa in Deutschland vor Kurzem und sein Treffen mit der Bundeskanzlerin haben die außergewöhnliche Bedeutung unserer exzellenten Beziehungen noch unterstrichen. Ich bin fest davon überzeugt, dass sich unsere Freundschaft noch weiter vertiefen kann. Globale Herausforderungen wie der Klimawandel, eine gerechte und grüne Energiewende oder die internationale Sicherheit erfordern gemeinsames Handeln. Wir können uns gegenseitig bei der Schaffung von Arbeitsplätzen oder bei der Bekämpfung der Korruption unterstützen.

### Beliebtes Ziel

In Berlin wird nach den Bundestagswahlen jetzt eine neue Regierung gebildet. Mit Blick auf Südafrika werden folgende

Themen als Prioritäten ganz oben auf ihrer Agenda stehen:

Erstens wollen wir die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen unseren Ländern stärken, indem wir das Niveau von Handel und Investitionen, einschließlich des Tourismus, weiter erhöhen. Mit seinen herausragenden Naturschönheiten und seinem großen kulturellen Reichtum ist Südafrika ein sehr beliebtes Ziel für deutsche Touristen. Ich sehe, dass die Zahl der Buchungen nach der Pandemie wieder ansteigt, und das ist eine gute Nachricht.

Zweitens sind wir bestrebt, unsere Zusammenarbeit mit Südafrika in den Bereichen Bildung und Berufsausbildung zu verstärken, indem wir unsere "Gemeinsame Ausbildungsinitiative zur Kompetenzentwicklung" umsetzen und die Jugendbeschäftigungsinitiative des Präsidenten unterstützen. Bildung ist ein Schlüssel zu wirtschaftlichem Erfolg und sozialem Zusammenhalt. Deshalb liegt es sehr nahe, Möglichkeiten der partnerschaftlichen Zusammenarbeit in diesem Bereich zu suchen. Deutschland verfügt über einen reichen Erfahrungsschatz im Bereich der beruflichen Bildung, den wir gerne mit Freunden teilen wollen.

Drittens: Vor dem Hintergrund der Covid-19-Pandemie, die uns alle erschüttert hat, verdient die internationale Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich unsere besondere Aufmerksamkeit. Wir wollen eng mit Südafrika zusammenarbeiten. Deutschland beteiligt sich mit mehr als zwei Milliarden Euro an den weltweiten Bemühungen zur Bekämpfung der Pandemie. Der größte Teil dieser Mittel fließt in die COVAX-Impf-Fazilität zur Unterstützung der Entwicklungsländer. Darüber hinaus ist eines unserer Hauptziele, dafür zu sorgen, dass Covid-Impfstoffe auch in Afrika hergestellt werden können.

Das südafrikanische Unternehmen Biovac und das deutsche Unternehmen BionTech planen eine Zusammenarbeit, die auch die Abfüllung und Bereitstellung von Biontech/Pfizer-Impfstoffen in Südafrika umfasst. Dies wäre ein wichtiger erster Schritt.

Viertens: Wir sollten bei einer gerechten, fairen und grünen Energiewende zusammenarbeiten. Wir müssen gegen den Klimawandel vorgehen, und wir müssen es gemeinsam tun. Zu diesem Zweck haben sich Südafrika und Deutschland als Teil der EU ehrgeizige Ziele für die bevorstehende UN-Klimakonferenz COP26 gesetzt. Wir sollten zusammenarbeiten und uns gegenseitig unterstützen, um sie zu erreichen.

Den gesamten Energiesektor eines Landes nach grünen und nachhaltigen Gesichtspunkten umzugestalten, ist eine gewaltige Aufgabe. Aber es ist machbar. In Deutschland wie in Südafrika setzen wir uns mit großem Einsatz für einen Ausstieg aus fossilen Energien und Kohle ein. Aber die Investition in erneuerbare Energien legt den Grundstein für einen ganz neuen Industriesektor und kann Hunderttausende von Arbeitsplätzen schaffen. Die Chancen für eine grüne Energiewende sind immens. Wir sollten sie ergreifen.

### Zuneigung zwischen Südafrika und Deutschland

Es gibt noch viele andere Bereiche, die für unsere Partnerschaft wichtig sind. Da ist unsere Zusammenarbeit in den Vereinten Nationen, insbesondere während unserer jüngsten gemeinsamen Mitgliedschaft im Sicherheitsrat. Es gibt unseren Dialog über die Sicherheit auf dem afrikanischen Kontinent. Da ist unsere reiche kulturelle Zusammenarbeit mit dem Goethe-Institut, unseren internationalen Schulen und vielen Verbindungen zwischen unseren Universitäten. Und schließlich, was vielleicht am wichtigsten ist, gibt es eine große Zuneigung zwischen unseren Völkern. Die Deutschen lieben Südafrika und seine warmherzigen Menschen. Das ist eine gute Basis für Freundschaft.

Ich freue mich sehr auf meine Arbeit. Gemeinsam mit unserem Team werde ich sehr hart daran arbeiten, der Freundschaft zwischen unseren wunderbaren Nationen zu dienen. Wie man so schön sagt: sizosebenzela ubungani pakathi kweJalimane neNingizimu Afrika. Kakhulu!

Andreas Peschke, Botschafter in Pretoria

## Vorgestellt: Honorarkonsulin für Südafrika in Deutschland

In dieser Ausgabe:



### Dr. rer. pol. Eberhart von Rantzau

ist seit 2003 Honorarkonsul der Republik Südafrika für Hamburg.

Als Geschäftsführender Gesellschafter der Unternehmensgruppe Deutsche Afrika-Linien/John T. Essberger steht er, gemeinsam mit seinem Bruder Heinrich von Rantzau, in dritter Generation an der Spitze eines Familienunternehmens, das enge geschäftliche Beziehungen zu Südafrika unterhält.

Die Deutschen Afrika-Linien (DAL), deren Tradition bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts zurückreicht, ist eine Reederei, die im Rahmen eines Gemeinschaftsdienstes Vollcontainerschiffe zwischen Nordwest-Europa und den südafrikanischen Häfen betreibt. Allein die DAL mit ihrem Agenturnetz transportieren alljährlich deutlich über 20.000 TEU (Container) von Deutschland nach Südafrika. Kunden im südgehenden Verkehr sind vor allem die Automobil-, die Chemie- und die Technikindustrie. Im nordgehenden Verkehr dominieren Kühlladungen, hauptsächlich Agrarprodukte.

Dr. von Rantzau ist über viele Jahre eng geschäftlich, politisch und auch im privaten Bereich mit Südafrika vernetzt. Er ist Mitglied des Vorstandes des Afrika-Vereins der deutschen Wirtschaft (AV) und des Präsidiums und Verwaltungsrats des Verbandes Deutscher Reeder (VDR).

## Treffen mit S.E. Botschafter Stone Sizani

Am 8.11.2021 waren Hans-Werner Bussmann und Klaus Brückner auf Einladung von Botschafter Sizani Gast in der südafrikanischen Botschaft. An dem Gespräch nahm auch der 1. Sekretär der Botschaft, Justin Thomas Kemp, teil.

Botschafter Sizani bedauerte seine kurzfristige Absage der Teilnahme an der Mitgliederversammlung von DeSaFor und versprach, bei einer nächsten Gelegenheit dabei sein zu wollen.

Er zeichnete ein durchaus positives Bild von der Entwicklung des durch den Devisenkurs begünstigten Exports Südafrikas und vom Aufschwung insbesondere des Hafens in Port Elizabeth. Die Öffnung des Wettbewerbs für die südafrikanischen Häfen hätten ein überraschend positives Entwicklungspotenzial freigesetzt, was der regionalen Entwicklung an der Ostküste erheblich helfe.

Ähnliche Effekte zeichneten sich bei den strukturellen Reformen in der Energieversorgung ab, die Präsident Ramaphosa stark vorantreibe.

Es gebe zwar aufgrund schlechter Qualität der chinesischen Komponenten für den Ausbau der Solarenergie einige Rückschläge, aber der Mix aus Wasserkraft, Solarenergie und Biomasse werde zusammen mit dezentralen „smart grid“-Konzepten helfen, die nach wie vor großen Leistungsschwächen von ESKOM bei der Stromversorgung auszugleichen und zugleich die Gründung neuer Unternehmen mit entsprechenden Arbeitsplätzen fördern.

Auch politisch gebe es gute Neuigkeiten. So hätten die Gewerkschaften ihre grundsätzliche Zustimmung zur Privatisierung von Staatsbetrieben wie DENEL, South African Airways und AXXA signalisiert.

Zudem seien – nicht zuletzt beschleunigt durch den Ausgang der Kommunalwahlen, der die bislang dominierende Rolle des ANC deutlich geschwächt habe – seit längerem im Hintergrund vorbereitete Gespräche zwischen dem ANC und der Democratic Alliance aufgenommen worden, in denen man versuche, zu wichtigen gesellschaftspolitischen Fragen gemeinsame Lösungsansätze zu finden.

Die vor allem von der Thabo-Mbeki-Stiftung unterstützte und begleitete Initiative sei seit langem ein ernsthafter Versuch, die nicht zuletzt durch Präsident Zuma und seine Unterstützer geförderte Spaltung der Gesellschaft zu verringern. Wichtige Fragen wie der Umgang mit der Landfrage oder die Überwindung von Folgen der Diskriminierung breiter gesellschaftlicher Gruppe durch „affirmative action“ stünden auf der Tagesordnung. Dazu gehöre auch die Prüfung von Modellen wie der Mitbestimmung, für die in Südafrika insbesondere SIEMENS aktiv



werbe.

Thomas Kemp verwies auf die Präsentation Südafrikas auf der EXPO 2021 in Dubai und regte an, die Mitglieder und Freunde von DeSaFor zu einem virtuellen Rundgang durch den Südafrika Pavillon einzuladen.

Klaus Brückner

## Mittagsgespräch mit Justice (ret.) Edwin Cameron



Der Berlin-Besuch des ehemaligen südafrikanischen Verfassungsrichters und heutigen

Rektors der Universität Stellenbosch, *Edwin Cameron*, konnte zu einem relativ kurzfristig angesetzten Gespräch anlässlich eines Mittagessens genutzt werden. Cameron war in der Apartheidzeit Menschenrechtsanwalt und um die Jahrtausendwende bekannter Aktivist in der Auseinandersetzung mit *Präsident Mbeki* wegen dessen Ablehnung der Beschaffung antiviraler Medikamente für HIV/Aids-Kranke.

In seinem Impulsreferat unterstrich *Cameron* die weiterhin große Bedeutung der Zivilgesellschaft, der Internet-Medien und der Gerichte für die Durchsetzung der rechtsstaatlichen Prinzipien. Er wies dabei vor allem auf die Entscheidungen des Verfassungsgerichts, in denen a) der Bericht der damaligen „*Public Protector*“ (und späteren Preisträgerin des Afrika-Preises der Deutschen Afrika-Stiftung), *Thuli Madonsela*, als zulässig erkannt wurde, was das Ende der *Präsidentschaft J. Zumas* einläutete, sowie b) *Zuma* wegen Missachtung des Gerichts in Pietermaritzburg zu Gefängnis verurteilt wurde.

In der anschließenden Diskussion ging es u.a. um die Bekämpfung der Korruption in Südafrika und die potentielle Involvierung deutscher Unternehmen, die verfassungsrechtliche Zulässigkeit von entschädigungslosen Enteignungen und ihre Folgen für das Investitionsklima und die Auswirkungen der Kommunalwahlen, in denen der ANC erstmals deutlich unter der 50 % Marke landete.

*H.W.Bussmann*

AKTUELL - AKTUELL - AKTUELL \_ AKTUELL - AKTUE

## CORONA – eine neue Variante aus Südafrika verstärkt die Sorgen am Kap und weltweit.

Mit der Nachricht des südafrikanischen Instituts für ansteckende Krankheiten (NICD) vom 24.11.2021, dass 22 Fälle einer neuen Variante des Corona-Virus (B.1.1.529) mit ungewöhnlich vielen und deutlich mehr Mutationen als die ohnehin schon als hochansteckend klassifizierte Delta-Variante des Virus identifiziert worden seien, steigt die Sorge um eine neue und noch weniger berechenbare Verstärkung der Pandemie im südlichen Afrika und weltweit.

Die Nachricht, dass eine neue und vermutlich hoch ansteckende Variante des Corona-Virus seine Reise um die Welt angetreten hat, ist ein harter Schlag. Die von der *World Health Organization (WHO)* als „*Omicron*“ bezeichnete und als „ernsthaft besorgniserregend“ klassifizierte Mutation wurde schnell von den Wissenschaftlern am renommierten südafrikanischen Genomforschungsinstitut *KRISP (Kwa Zulu-Natal Research Institution and Sequencing Platform)* entschlüsselt nachdem die eigentlich moderaten Infektionszahlen im südafrikanischen Sommer plötzlich wieder exponentiell anstiegen.

Die eigentlich großartige Leistung der schon seit vielen Jahren erfolgreichen Virologen in Südafrika führt jedoch einmal mehr zu der falschen Berichterstattung über eine „erneute gefährliche südafrikanische Variante“, obwohl die Herkunft bzw. Entstehung der Mutation noch völlig unklar ist.

Entsprechend sind die Reaktionen in Südafrika auf die insbesondere von Großbritannien und in der Folge auch von anderen Ländern verfügten Reisebeschränkungen, die das Land in seinen Bemühungen um eine langsame aber stetige Verbesserung seiner wirtschaftlichen Situation wieder deutlich zurückwerfen.

Auch werden wohl völlig zu Recht Stimmen laut, die an die häufigen Appelle der Länder des Südens in den vergangenen Monaten erinnern, dass sich die wohlhabenden Industrieländer für eine gerechtere Verteilung der weltweit verfügbaren Impfstoffe und darüber hinaus für eine Freigabe von Patenten zur eigenen Herstellung einsetzen bzw. diese auch technologisch massiv unterstützen sollten.

Die Corona-Pandemie ist und bleibt wohl auch weiterhin eine große Bedrohung für die Menschheit weltweit – zugleich legt sie ohne Gnade die Schwächen staatlichen Handelns und mangelnder internationaler Zusammenarbeit offen.

AKTUELL - AKTUELL - AKTUELL \_ AKTUELL - AKTUE

## Afrikapolitik nach der Bundestagswahl

von Henrik Maihack (Auszüge aus „Perspektive“ Friedrich-Ebert-Stiftung)

### Fünf Thesen

1. Deutschland kann sich im Rahmen der EU für eine strategischere, berechenbarere und kohärentere Afrikapolitik einsetzen. Hierdurch würde die Erreichung der Agenda 2030 wahrscheinlicher.
2. Die gemeinsame Stärkung von Impfgerechtigkeit, die Unterstützung bei der Anpassung an die Klimakrise vor allem im urbanen Raum und eine engere Zusammenarbeit beider Kontinente zu einem demokratischen Multilateralismus würden dies ermöglichen.
3. Die primär entwicklungspolitische Partnerschaft Deutschlands und der EU mit dem afrikanischen Kontinent kommt an ihr Ende, die migrationspolitische Partnerschaft ist keine und eine breitere außenpolitische Partnerschaft ist noch in der Entwicklung.
4. Für deutsche und europäische Außenpolitik stellt sich daher die Frage, welche konkreten politischen Angebote sie nach dem Ende der Ära Merkel dem afrikanischen Nachbarkontinent machen kann, die zukünftig besser mit den außen-, sozial- und wirtschaftspolitischen Prioritäten in den afrikanischen Partnerländern korrespondieren.
5. Hierzu gehört die gemeinsame Beantwortung globaler Zukunftsaufgaben. Das bedeutet keine Abwendung von der Entwicklungszusammenarbeit, würde diese aber außenpolitisch kohärenter auf jene Prozesse und Akteure in Afrika ausrichten, die für eine Zusammenarbeit zu genau solchen Zukunftsaufgaben heute und zukünftig am ehesten in Frage kommen.

### Ausblick – wo geht es hin?

Deutsche Afrikapolitik steht vor einem Übergang. Die primär entwicklungspolitische Partnerschaft mit dem afrikanischen Kontinent kommt an ihr Ende, die migrationspolitische Partnerschaft ist de facto keine, der Fokus auf ausländische Direktinvestitionen im



Picture alliance / photothek / Ute Grabowsky

Der Rahmen des »Compact with Africa« ist zu eng und eine breitere außenpolitische Partnerschaft ist noch in der Entwicklung.

Die fünf (Anmerkung: in der Langfassung [hier](#))detailliert) dargelegten Impulse zeigen, dass Afrikapolitik zunehmend Querschnittsaufgabe für eine langfristig orientierte Kooperationspolitik ist, die nicht von einem Ressort der Bundesregierung alleine bespielt werden kann.

Afrikanische Regierungen sehen sich zunehmend als Partner für Außenpolitik, viele der dargestellten Herausforderungen sind aber gleichzeitig außen- und entwicklungspolitische, aber auch klimapolitische.

Zivilgesellschaftliche Netzwerke in Europa und Afrika schauen hingegen gleichermaßen auf die europäische wie die afrikanische Klima- und Handelspolitik. Hierauf einzugehen und glaubwürdige Angebote zu machen, ist Aufgabe der EU. Weil diese aber intern zunehmend uneinig ist, kommt es mehr denn je auf Impulse aus den Reihen der Mitgliedsstaaten an.

Deutschland, das von der multilateralen Ordnung profitiert und sie unterstützt, kann als an Dialog und Krisenprävention

orientierte »Mitführungsmacht« in Europa solche wichtigen Impulse setzen.

### Fünf Impulse - zusammengefasst

- Dringende Exportförderung von Impfdosen aus dem globalen Norden und gleichzeitige Unterstützung für den Aufbau von Impfstoffproduktion in Afrika, um Long Covid in Afrika und neue Virus-Mutationen zu vermeiden;
- Stärkere außen- und entwicklungspolitische Orientierung an multilateral orientierten Demokratien und deren Zivilgesellschaften in Afrika, um Stabilität zu fördern;
- Entschuldung an zivilgesellschaftlicher Teilhabe ausrichten, nicht an fiskalpolitischer Austerität, und den dezentralen Zugang zum Grünen Klimafonds für die prioritäre Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen verbessern mit einem Fokus auf den urbanen Raum, um soziale Teilhabe in Afrika in Zeiten der Klimakrise zu ermöglichen;
- Dialog-Initiativen auf lokaler Ebene, auch mit Fraktionen bewaffneter Akteure, und gleichzeitig Peacekeeping zur Einhegung von militärischen Konflikten unterstützen, um »Forever Wars« in Afrika zu vermeiden;
- Weniger auf vermeintliche Hoffnungsträger\_innen ausgerichtete Personalisierung von politischer Hoffnung, mehr Zusammenarbeit mit denen, die zukünftig wichtig werden und heute protestieren, um zukünftige Glaubwürdigkeit zu stärken.

Mit freundlicher Genehmigung des Autors der Langfassung ([hier](#))

**Henrik Maihack ist Leiter des Referates Afrika der Friedrich-Ebert-Stiftung -**

## „Spuren des Schreibens“ Eine Buchrezension

lautet der Titel der Lebenserinnerungen von **Robert von Lucius**, dem früheren Korrespondenten der FAZ in Südafrika (1988-2001) und für Subsahara-Afrika (1996-2001), danach für Skandinavien und die baltischen Staaten sowie für Niedersachsen, Bremen und Sachsen-Anhalt.



Seine Berichte und Kommentare haben ihm in seiner Redaktion, vor allem aber bei Kennern der jeweils betroffenen Länder zu Recht viel Anerkennung in der Sache und Respekt als Person eingebracht. Sie hätten auch „Spuren des Beobachtens, des Zuhörens, des Netzwerkens“ überschrieben werden können. Denn seine mit umfassender Kenntnis und ausgewogenem Urteil geschriebenen Artikel sind vor allem die Früchte großen Fleißes, intensiver Kontaktpflege, der Bereitschaft, die ausgetretenen Pfade der Recherche zu verlassen und sich nicht auf das Hörensagen von Kollegen abzustützen, und schließlich der Nutzung seines reichen und akribisch geführten Archivs. Anders als die meisten Auslandskorrespondenten konzentrierte er sich nicht nur auf die „ganz großen Linien“ der Politik und gegebenenfalls noch der Volkswirtschaft, sondern deckte neben Unternehmenspolitik oder Gewerkschaftsfragen vor allem auch Kunst und Kultur in einer ungewöhnlichen Breite und Tiefe ab, die

ich in meinem Berufsleben bei keinem seiner Kollegen beobachten konnte. Dabei kam ihm zugute, dass er seinen jeweiligen Gesprächspartnern glaubhaft zu vermitteln vermochte, dass er sich wirklich für sie und ihre Anliegen interessierte und nicht nur seine vorgefasste Meinung bestätigt wissen wollte. Häufig war er bereit, ihnen, vor allem wenn sie aus Deutschland anreisten, Begegnungen mit Persönlichkeiten und Institutionen auch jenseits der üblichen offiziellen Besuchsprogramme zu verschaffen.

Das wird in besonders eindrucksvoller Weise in den Südafrika gewidmeten sechs Kapiteln deutlich. Die von ihm hautnah miterlebten Entwicklungen des großen Umbruchs zu Beginn der 1990er Jahre werden dabei eher nur gestreift.

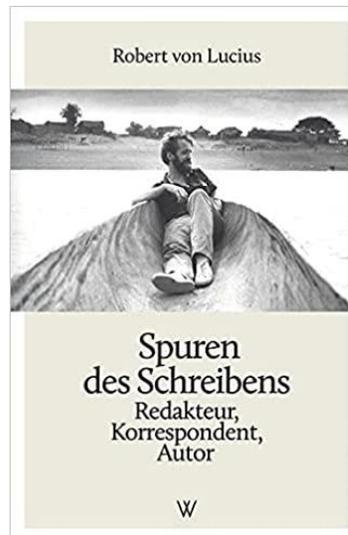
Der Autor versteht es stattdessen, in manchmal filigraner Weise ehrlich wirkende Persönlichkeitsbilder damals handelnder Spitzenpolitiker und Unternehmer wie z.B. Nelson Mandela, FW de Klerk, aber auch Edmund Stoiber, Gerhard Schröder, Otto Graf Lambsdorff oder Ferdinand Piech ebenso treffend zu zeichnen wie die „Atmosphäre“ von Verhandlungen einzufangen.

Auch in dem angemessen umfassenden Kapitel zu Nelson Mandela fügt er so zusätzliche, zum Teil bislang wenig bekannte Facetten des charismatischen Freiheitskämpfers und ersten Präsidenten des freien Südafrika hinzu.

Inzwischen zum Teil weltberühmten, aber auch weniger bekannten südafrikanischen Musikern, bildenden Künstlern, Schauspielern, deren Vertrauen er früh

gewann und die häufig zu Gast in seinem Haus in Johannesburg waren, widmet er bemerkenswerte Portraits.

Sicherlich kam Robert von Lucius zugute, dass er in Kapstadt zur Schule ging und in Namibia sein Abitur ablegte, also auch Afrikaans spricht, was eben nicht nur die Muttersprache der Buren ist. Hinzu kommen zahlreiche seiner z.T. ausdrucksstarken Fotos von vielen der im Text „portraitierten“ Gesprächspartner. Gerade für Freunde und Freundinnen Südafrikas sind die dem Kap gewidmeten Kapitel daher eine lohnende Lektüre, wobei man dem Autor gerne nachsieht, wenn er uns gelegentlich mit (keineswegs unberechtigtem) Stolz wissen lässt, dass er „dabei gewesen“ war.



Interessant zu lesen sind darüber hinaus seine Darstellung der Lehrjahre in der Redaktion in Zeiten der analogen Produktion an den Schreibtischen und in den Druckereien ebenso wie die aufschlussreichen Beobachtungen auf den beiden nachfolgenden Korrespondentenposten. Die Lektüre dieser Erinnerungen bestätigt,

wie er sie selbst charakterisiert: „Über das Glück eines Journalisten, der nicht Missionar sein will. Und um die Zeit davor und danach.“

*Robert von Lucius: Spuren des Schreibens – Redakteur, Korrespondent, Autor. Wolff-Verlag, Berlin, 2021, 15,90 Euro*

**H.W. Bussmann**